

Workshop

„BürgerInnenbeteiligung in Österreich und Ungarn“

am 3. Dezember 2002

Protokoll

Projektdurchführung: 17&4 Organisationsberatung GmbH

In Kooperation mit: Wiener Umweltschutz-Anwaltschaft, Reflex, Consultants for Sustainable Development und Ecocounselling Europe



Consultants for
Sustainable
Development



Mit Unterstützung von: Know How Transfer Center beim Städtebund

“Gefördert von der österreichischen Bundesregierung – Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten aus Mitteln der Hilfe für die Mittel- und Osteuropäischen Länder”

“Gefördert aus Mitteln des EFRE (Europäischen Regionalfonds)”



Zusammengestellt von Mag. Martina Wäfler und Christian Schrefel

Programm

- 9.45 Eröffnung Begrüßung durch *Kurt Wimmer (Bezirksvorsteher Margareten)*
Andrea Schnattinger (Wiener Umweltschutz, A)
Fritz Kroiss (Ökobüro, A)
Csaba Lajtmann (Reflex, H)
Balazs Bozzay (West-Pannon Regional Development Agency, H)
- 10.15 Referat „BürgerInnenbeteiligung und Instrumente – Ein Überblick“
Adrian Reinert (Stiftung MITARBEIT, D)
Diskussion
- 11.15 Pause
- 11.30 Bericht Situation der BürgerInnenbeteiligung in Ungarn
Erfahrungen, Projekte, Akteure
Akos Kapitany (Consultants for Sustainable Development, H) und
Balazs Bozzay
- 12.00 Bericht Situation der BürgerInnenbeteiligung in Österreich
Erfahrungen, Projekte und Akteure; Schwerpunkt SUP
Christian Schrefel (17&4 Organisationsberatung GmbH, A) und *Kerstin Arbter (Österr. Gesellschaft für Umwelt und Technik)*
- 12.30 Round Tables Diskussion der Ergebnisse in Kleingruppen
Moderation: Gabor Trombitas (Umweltberatungsverband KÖT, H),
Alfred Brezansky (Wiener Umweltschutz, A) und *Fritz Kroiss*
- 13.30 Mittagsbuffet
- 14.30 Berichte von den Ergebnissen der Round Tables, Diskussion und
Zusammenfassung
- 15.00 Referat Netzwerkprojekt LOGON: Lobbying Partner im Osten zu finden ->
Beitrittsländer europafit machen
Guido Dernbauer (Umweltreferent Österreichischer Städtebund)
Diskussion
- 15.30 Round Tables zur weiteren Form der Zusammenarbeit
Grenzübergreifende Beteiligungsprojekte
Moderation: Istvan Farkas (Consultants for Sustainable Dev., H),
Christian Schrefel, Adrian Reinert
- 16.30 Berichte von den Ergebnissen der Round Tables und Diskussion
- 17.00 Resumée Zusammenfassung und Ausblick
Andrea Schnattinger, Akos Kapitany und Christian Schrefel
- 17.30 Ende
- Moderation:** *Christian Schrefel (17&4 Organisationsberatung GmbH)*
- 18.30 Möglichkeit zum gemeinsamen Abendessen

Begrüßungsrunde

Kurt Wimmer, Bezirksvorsteher 5. Bezirk (Wien)

BürgerInnenbeteiligung gibt es im 5. Wiener Gemeinde-Bezirk Margareten vor allem bei Planungsvorhaben. Wichtig ist, dass die Bürger von Anfang an mit miteinbezogen werden.

Beispiel: Neugestaltung der Geschäftsstraße „Wiedner Hauptstrasse“

Bürger wurden in einer Arbeitsgruppe (ehrenamtlich) in den 3-jährigen Planungsprozess eingebunden. Im Umsetzungsprozess werden die Bürger wieder konsultiert, um zu gewährleisten, dass ihre Ideen auch realisiert werden.

Weitere Beispiele (Vorläuferprojekte (Training) für jetzt beginnende Lokale Agenda 21) im Bezirk:

- Making News Reinprechtsdorferstrasse [www](#)
- Sylvie (Lärmsanierung) [www](#)

Richtlinie für den Lokale Agenda 21 Prozess im Bezirk: von der Themenfindung über die Planung bis zur Realisierung eines Projekts sollen die Menschen mit eingebunden werden - für eine nachhaltige Bezirkentwicklung gemeinsam mit der Bezirkspolitik

Andrea Schnattinger, Wiener Umweltschutz

Die Umweltschutz wurde vor 9 Jahren als unabhängige, weisungsungebundene Institution der Stadt Wien gegründet.

Aufgaben:

- Parteistellung in Fragen des Umweltschutzes, der Fischerei etc.
- große BürgerInnenbeteiligungsverfahren z.B.
 - o im Rahmen des Mediationsverfahrens Wiener Flughafen (seit 2 Jahren gemeinsam mit Bürgerinitiativen und Wiener Bezirken daran beteiligt),
 - o Strategische Umweltprüfung Wien Nordost,
 - o Strategische Umweltprüfung Abfallwirtschaft (schon abgeschlossen)

www.magwien.gv.at/wua/

Csaba Lajtmann, Reflex (Ungarn)

Reflex macht seit 15 Jahren immer wieder BürgerInnenbeteiligungsprojekte z.B. demnächst ein Bewohnerforum über Krematorien
Letztes Jahr wurde ein Programm initiiert bei dem 3 Städte (NGOs, polit. Organisationen etc.) zusammenarbeiten

Thesen:

- es ist nicht ausreichend, wenn der Anlass zur BürgerInnenbeteiligung nur ein gesetzlicher Hintergrund ist, es muss auch genutzt werden und die Menschen müssen es leben
- es braucht einen Vermittler der der Bevölkerung die Möglichkeiten und Chancen die BürgerInnenbeteiligung bietet näher bringt
- man muss auch einen persönlichen Zugang dazu finden
- es braucht den „richtigen Mann am richtigen Posten“

Fritz Kroiss, Ökobüro (Wien)

Das Ökobüro gibt es seit 10 Jahren und ist die Koordinationsstelle von 13 österreichischen Umweltorganisationen (z.B. WWF, Greenpeace, Global 2000, Friends of the Earth, VCÖ, Vier Pfoten, Ökologie Institut)

- Komplementärfunktion zu den Mitgliedern
 - Serviceleistungen für Mitglieder
 - Themen abzudecken, die von den Mitgliedern nicht abgedeckt werden
z.B.
 - Umweltverträglichkeitsprüfung,
 - Partizipation und Umweltrecht – rechtliche Verankerung von BürgerInnenbeteiligung
 - In das Bürgerbeteiligungsverfahren SUP Wien Nordost eingebunden als Vertreter der organisierten Öffentlichkeit
- www.oekobuero.at

Balazs Bozzay, West-Pannon Regional Development Agency

Regionale Entwicklung verstärken (in der Durchführungsrolle) der Westungarischen Region seit 1999 gemeinnütziger Verein

- entscheiden über Projektentwicklung und deren Durchführung
- 25 Mitarbeiter
- breites Spektrum von Partnerorganisationen

Verkehr und BürgerInnenbeteiligung als Thema
Zusammenarbeit mit Niederösterreich und Burgenland

www.westpa.hu

Vorträge

"Bürger(innen)beteiligung und Instrumente - Ein Überblick"

Adrian Reinert, Stiftung MITARBEIT (Bonn, BRD)

www.mitarbeit.de oder www.buergergesellschaft.de

1. Warum Bürger(innen)beteiligung?

Bürger(innen)beteiligung als Ressource

Bürger(innen)beteiligung ist nicht nur ein „demokratischer Wert“ an sich, sondern eine wertvolle Ressource zur Verbesserung von Planungsentscheidungen. Sie vergrößert die Informations- und Datenbasis für Entscheidungen und erhöht die Wahrscheinlichkeit für die Früherkennung gesellschaftlicher Folgewirkungen. Zugleich kann sie Beschlussfassende bei der Bearbeitung komplizierter Zusammenhänge und bei der Kontrolle vielfach interessengeleiteter Spezialadministrationen unterstützen und notwendigenfalls mit „alternativer“ Expertise versehen.

2. Defizite klassischer Bürger(innen)beteiligungsformen

2.1. Oberflächlichkeit

Traditionelle Bürger(innen)beteiligung ist oft oberflächlich. Das klassische Instrumentarium der Planauslegung, Anhörung, Erörterungstermine, Bürgerversammlungen usw. ist elementar und weiterhin unverzichtbar. Es weist oft aber eine Reihe von Defiziten auf.

2.2. Soziale Selektivität/ Dominanz starker Interessensgruppen

Es beteiligen sich vornehmlich organisierte Interessen und sozialaktive Minderheiten. Dabei dominieren Hochausgebildete, Angehörige höherer beruflicher Positionen, Männer in mittleren Jahrgängen, der öffentliche Dienst. Schwach vertreten sind hingegen ausländische Mitbürger/innen, Jugendliche, Frauen, ältere Arbeitnehmer, Behinderte sowie untere Einkommensschichten.

2.3. Zeitliche Probleme bestimmter Gruppen

Selbst wenn sie persönlich interessiert sind, fehlen vielen Bürgerinnen und Bürgern ganz einfach die zeitlichen Möglichkeiten, um sich zu beteiligen bzw. die dafür notwendigen Informationen zu beschaffen. (Besonders zeitlich benachteiligt: Alleinerziehende Eltern von Kleinkindern; Schichtarbeitende)

2.4. Bürger(innen)beteiligung erfolgt vielfach zu spät

Interesse und Engagement entstehen vor allem bei persönlicher Betroffenheit. Bürger(innen)beteiligung erfolgt vielfach zu spät. Nicht selten sind Entscheidungsprozesse dann jedoch schon so weit fortgeschritten, dass die Möglichkeiten zur Einflussnahme nur noch begrenzt sind.

2.5. Tendenz zur Segmentierung

In unserer Gesellschaft besteht eine erkennbare Tendenz zum Sich-Voneinander-Abschotten (Segmentierung). Es wird Meinungsbestätigung statt Meinungs austausch gesucht z.B. Umweltschützer reden mit Umweltschützern über die Umweltverschmutzung durch Autos, Autofahrer mit Autofahrern über die Behinderung des Verkehrs durch den Umweltschutz

3. Beispielhafte Beteiligungsverfahren

Bürger(innen)beteiligung als kommunikativer Prozess

Um die angeführten Partizipationsprobleme zu vermindern und die Qualität von Bürger(innen)beteiligung zu verbessern, sind in den letzten Jahren eine Reihe von zumeist projektorientierten Ansätzen erprobt worden, denen gemeinsam ist, dass Bürger(innen)beteiligung nicht als formaler Akt, sondern als kommunikativer Prozess verstanden wird.

Je nach Akzentuierung zielen sie schwerpunktmäßig

- auf den Ausgleich divergierender Interessen (z.B. Mediation, Runder Tisch, Forum, Zukunftskonferenz)
- die bessere Vertretung bisher unzureichend beteiligter Interessen (z.B. Anwaltsplanung, Interessenbeauftragte)
- die Aktivierung im Stadtteil (z.B. Gemeinwesenarbeit, Planning for real, Bürgerbüro)
- die Entwicklung von Kreativität und Kompetenz (z.B. Zukunftswerkstatt, Open Space),
- die Beteiligung besonderer Zielgruppen (z.B. Frauen-Workshops, Kinder- und Jugendparlamente)
- eine möglichst repräsentative Beteiligung der Bevölkerung (Planungszelle/Bürgergutachten, Konsensuskonferenz)

Die folgende Darstellung konzentriert sich auf die Verfahren zum Interessenausgleich und zur möglichst repräsentativen Beteiligung.

3.1. Verfahren zum Interessenausgleich

3.1.1. Runde Tische/Foren

Mediationsähnliche Verfahren haben in der Bundesrepublik während der letzten Jahre auch in Form von sog. Runden Tischen, Stadt- und Verkehrsforen etc. größere Verbreitung gefunden. Gemeinsame Merkmale sind, dass Vertreter(innen) ausgewählter Interessen unter Anleitung einer externen (neutralen) Moderation zusammenkommen, einen vorgegebenen Aufgabenkatalog bearbeiten und konsensual zu lösen versuchen. Der Runde Tisch ist zum Synonym für Konsens durch Verständigung, für einen diskursiv statt positionell angelegten Politik- und Verhandlungsstil geworden.

Wesentliche Voraussetzung ist eine breite Interessenrepräsentation. Beim Heidelberger Verkehrsforum beispielsweise wurden zunächst die benennbaren und berechtigten Interessen definiert. Danach wurden Gruppen ausgesucht, die diese abbilden und artikulieren können. Wurden Interessen von mehreren Gruppen gleichwertig abgedeckt, mussten diese sich einigen, wer sie im Verkehrsforum vertrat. Auswahlkriterium war also jeweils nicht Gruppen-, sondern "Interessezugehörigkeit".

Beispiel Energietische Foren:

Dem Verkehrsforum nicht unähnlich sind die sog. Energietische. Damit wurden bundesweit in rund 30 Modellkommunen kooperative Projekte zum kommunalen Klimaschutz entwickelt. Beteiligt waren jeweils 20 bis 25 ausgewählte Akteure des lokalen Klimaschutzes und MultiplikatorInnen.

3.1.2. Zukunftskonferenz

Bei der Zukunftskonferenz versammeln sich ein bis zweieinhalb Tage lang (30 bis 72) von einem Problem betroffene oder unterschiedliche Bevölkerungsgruppen vertretende Personen, um zu gemeinsamen Visionen und zur Erarbeitung von Maßnahmeplänen zu kommen. In fünf Schritten werden in Kleingruppen zunächst bestehende Unterschiede und Gemeinsamkeiten ermittelt und b) mögliche externe - positive wie negative - Trends bewertet, dann c) Zukunftsideen entwickelt, d) Gemeinsamkeiten herausgearbeitet und dann e) konkrete Maßnahmen zur Umsetzung geplant.

3.1.3. Mediation

Mediation ist die "Einschaltung eines neutralen Dritten, der die Konfliktparteien bei ihren Verhandlungs- und Lösungsversuchen unterstützt, jedoch über keine eigene (Konflikt-)Entscheidungskompetenz verfügt" (Breidenbach 1995). Mediator(inn)en führen anders als Richter(innen), Schlichter(innen), Schiedsleute keinen Urteilsspruch oder Kompromiss herbei, sondern schaffen die Voraussetzungen für einen Klärungsprozess, in dem die Konfliktparteien miteinander verhandeln, um zu einer für alle Seiten wenigstens hinnehmbaren Lösung zu kommen. Angestrebt wird ein diskursiver statt positioneller Verhandlungsstil. In BRD Erfahrungen mit über 200 Mediationsverfahren vor allem im Bereich Verkehr (z. B. Heidelberg)

Vorphase:

Konfliktparteien an einen Tisch bringen

Mediationsverfahren:

1. Einleitung, Regeln
2. Sichtweise der einzelnen Konfliktparteien
3. Konflikterhellung (Interessen, Hintergründe)
4. Ideen zur Problemlösung
5. Übereinkunft

Umsetzungsphase:

Überprüfung und ggf. Korrektur der Übereinkunft

Chancen:

- Herstellung von Konsens
- Auflösung starrer Fronten
- Positive Effekte auf Konfliktkultur
- Anregung von Lernprozessen
- Selbstbestimmte Konfliktlösung

Grenzen:

- Erfolgsbedingung: Dialogbereitschaft
- Probleme der Interessensauswahl (ist eine Gewerkschaft, der ich als Arbeitnehmer betrete berechtigt für mich als Verkehrsteilnehmer zu sprechen??, Menschen sind sowohl Mitglied im Verkehrsclub und bei Greenpeace)
- Verselbständigungstendenzen (ein Vertreter vergisst manchmal, wen er vertritt und lässt sich über den Tisch ziehen)
- „Participation overkill“
- Erwartungsdruck an Mediatoren (ist ein Job, bei dem man Erfolge vorweisen will, auch wenn es vielleicht gar keinen Konsens gibt)
- Keine Antwort auf Herausforderung

3.2. Neue BürgerInnenbeteiligungsverfahren:

3.2.1. Planungszelle/ Bürgergutachten

Auf eine möglichst repräsentative Beteiligung der gesamten Bevölkerung setzt das Modell Planungszelle/Bürgergutachten, das von Peter C. Dienel entwickelt wurde. Eine Planungszelle ist eine Gruppe von ca. 25 im Zufallsverfahren ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern, die für ca. eine Woche von ihren arbeitsalltäglichen Verpflichtungen freigestellt werden, um, assistiert von einer Prozessbegleitung, in Gruppen Lösungsvorschläge für ein vorgegebenes Planungsproblem zu erarbeiten. Die Ergebnisse ihrer Beratungen werden in einem sog. Bürgergutachten zusammengefasst. Planungszellen wurden in Deutschland während der letzten Jahre bei vielen kommunalen, aber auch überregionalen Fragestellungen eingesetzt.

- Zufallsauswahl der Teilnehmenden (wie bei einem Meinungsforschungsinstitut repräsentativ und dann per Zufall)
- Freistellung von arbeitsalltäglichen Verpflichtungen
- Gruppenprozess
- Prozessbegleitung und Unterstützung durch Fachleute
- Vorgegebene Problemstellung und Programmstruktur
- Dokumentation der Ergebnisse

In 30 deutschen Städten wurde damit Stadtplanung gemacht, 20 Verfahren zur Technikfolgenabschätzung

In Hannover haben 12 Bürgerzellen mit insg. 300 Bürgern einen Nahverkehrsplan gemacht. Es gab auch eine Erfolgskontrolle, die evaluierte, was umgesetzt wurde.

3.2.2. Konsensuskonferenz

Wie bei der Planungszelle wird hierbei eine Gruppe aus Laien gebildet, die nach Anhörungen von Fachleuten und ausführlicher Beratung Stellungnahmen erarbeitet. Im Unterschied zur Planungszelle werden die Teilnehmenden nicht nach dem Zufallsverfahren rekrutiert, sondern mit dem Ziel einer möglichst breiten Heterogenität aus einer Gruppe von Interessierten ausgewählt, die sich zuvor auf entsprechende Aufrufe in Zeitungen oder auf

persönliche Anschreiben zurückgemeldet haben. Das Ergebnis ist ein gemeinsames Schlussdokument, das direkt am Ende der Konferenz der Öffentlichkeit vorgestellt wird. Es findet jeweils nur eine Konsensuskonferenz statt (Jury-Modell). Die Zeitdauer ist zwei bis drei Tage.

4. Anforderungen an BürgerInnenbeteiligung:

4.1. Keine Patentrezepte

Es gibt sehr unterschiedliche Wege und Formen der Bürger(innen)beteiligung, aber keine Patentrezepte. Welche Methode die jeweils sinnvollste ist, muss von Fall zu Fall am konkreten Projekt abgewogen werden. Oft empfiehlt sich auch ein Methodenmix.

4.2. Ergebnisoffenheit, Frühzeitigkeit

Wichtig ist aber in allen Fällen, dass sie 1) ergebnisoffen angelegt sind, 2) möglichst frühzeitig erfolgen, also zu einem Zeitpunkt, an dem noch reale Entscheidungsalternativen bestehen,

4.3. Faire Einflusschancen auch für schwächere gesellschaftliche Gruppen

Es gilt, für alle potentiell berührten Interessen faire Einflusschancen anzustreben, wozu erforderlichenfalls auch eine im angemessenen Verhältnis zur Bedeutung des Planungsgegenstandes stehende Zurverfügungstellung von Ressourcen gehört, um Alternativplanungen durchführen oder in Auftrag geben zu können.

4.4. Transparenz und Klärung des Stellenwertes

Ebenso muss Konsens über die Regeln bestehen und klar sein, welcher Stellenwert ihnen zukommt. Werden mehrere Verfahren parallel oder sukzessiv eingesetzt, muss transparent sein, wie sie aufeinander bezogen sind. Sie müssen einen klaren Adressaten haben, und es muss sichergestellt sein, dass ihre Ergebnisse Beachtung finden und sorgfältig geprüft werden. Wird gegen diese Regeln verstoßen, muss ein Ausstieg jederzeit möglich sein.

4.5. Konsultativ, nicht dezisiv

Klärung des Stellenwertes bedeutet aber ebenso festzustellen, dass die vorgestellten Modelle konsultativ und nicht dezisiv (entscheidend) sind. Sie entlasten nicht von der Notwendigkeit, sich um demokratische Mehrheiten zu bemühen, sei es auf repräsentativ-parlamentarischer Ebene oder durch direktdemokratische Entscheidungsverfahren (zB. Volksabstimmung).

4.6. Temporärer Charakter

Im Unterschied zu Beiräten sind die hier beschriebenen Verfahren nicht auf Dauer, sondern befristet angelegt. Sie arbeiten Ziel- und ergebnisorientiert an Aufgabenstellungen und sind keine Nebenparlamente. Der temporäre Charakter ist zugleich eine präventive Maßnahme gegen neue "Kungelkreise" und "Funktionärsdemokratie".

4.6. Soziale Schiefen vermeiden und vermindern

Neue Beteiligungsverfahren müssen sich daran messen lassen, ob es ihnen gelingt, einerseits den gewachsenen Partizipationsbedürfnissen gerecht zu werden und andererseits bestehende soziale Schiefen im Partizipationsverhalten auszugleichen. Sie bedürfen daher der Ergänzung durch Verfahren, die gezielt bisher unzureichend artikulierte Interessen aktivieren (z.B. Anwaltsplanung) und mit aufsuchender Arbeit in der Lebenswelt der Menschen ansetzen (z.B. Aktivierende Befragung, Planning for real).

5. Fehler in der BürgerInnenbeteiligung:

- von Beteiligung reden aber alles selber entscheiden
- zum Engagement auffordern, aber keine Angebote machen
- nicht über Beteiligung reden und deren Ergebnisse verheimlichen
- Menschen nicht ansprechen, sondern darauf warten dass sie selbst kommen
- Dauerhaftes Engagement zur Bedingung machen und befristete Mitarbeit ausschliessen
- Den Eindruck erwecken, dass Engagement eine lästige Pflicht ist und keinen Spass macht
- Jede Form unnötiger Anerkennung vermeiden
- Riesentagesordnung ohne Freiräume
- Endlose Diskussionen führen
- Nicht endenwollende Referate führen

6. Offene Fragen:

- Einflussnahme der Geldgeber bei Mediationsverfahren (wie sehr bestimmen sie das Ergebnis), werden vorhandene Mittel gerecht zwischen den beteiligten Interessensgruppen verteilt
- „Augenauswischerei“ mit Mediationsverfahren von Politik und Verwaltung – Bewusstsein wächst aber, dass es effektiver und kostensparender ist, wirkliche BürgerInnenbeteiligung zu machen auf lange Sicht - Netzwerk der Bürgerorientierten Kommunen in BRD
- Beteiligung einzelner Gruppen:
 - o User panel: für nicht vertretene Bürgergruppen sozusagen den advocatus diaboli (Vertreter) spielen und so versuchen auch deren Interessen einzubringen
 - o Interessensvertretungen ansprechen
 - o öffentliche Inserate schalten um Interessensvertreter zu finden
 - o Planning for Real (handlungsorientiert, kleinräumig, aufsuchende Stadtteil-/Gemeinwesenarbeit) z.B. Herstellung eines Stadtteilmodells aus Pappe -> Kneipen, Schulen werden aufgesucht, die Bürger werden eingeladen, anhand des Modells ihre Vorstellungen, Änderungswünsche etc. einzubringen
 - o Aktivierende Befragung
- Auch auf der überkommunalen Ebene einsetzbar
- Ruf nach Volksabstimmungen etc. blendet immer den konsultativen Weg (Information, Interessensausgleich) aus, eine Kombination (erst konsultativ, dann Volksabstimmung) ist wünschenswert

7. Schlussfolgerung/Diskussion:

Erfolgreiche BürgerInnenbeteiligung kann/soll daran gemessen werden, wieviele der sozial schwächeren Gruppen sich am Prozess beteiligen.

Es müssen neue Beteiligungsmethoden aus Gemeinwesenarbeit und aktivierenden Künstlerprojekten parallel zu traditioneller Beteiligung angewandt werden um weitere Gruppen ansprechen zu können. (beide Schienen vermischen sich nicht, Ergebnisse müssen „hin- und hertransportiert werden“ und schaffen so ein vielschichtigeres Bild
siehe www.17und4.at/kunst

BürgerInnenbeteiligung im Westpannonischen Raum (über der Gemeindeebene)

Balazs Bozzay:

1. Regionalentwicklung:

- Schaffung der Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung – befindet sich in Entwicklung zwischen regionaler und politischer Ebene – Ziele sind hehr, aber die Realität schaut bitter aus: einzelne Gruppen können sich nicht einbringen, zu großer politischer Einfluss, junge Demokratie in Ungarn
- -> 2 Ziele der BürgerInnenbeteiligung in Ungarn: im „Gegensatz“ zum wirtschaftlichen und politischem Schwergewicht auch eine Bürgervertretung darzustellen

1.1. Voraussetzungen :

- Bereitschaft zum Dialog (ist grundsätzliche in der Region vorhanden)
- Fähigkeit Entwicklungen durchzusetzen kann erlernt werden (organisatorische oder institutionelle Fertigkeiten)

1.2. Probleme:

- Finanzen sind nicht in der Gebietsentwicklung eingeplant
- Kleine Organisationen können nicht in allen Gremien gleichzeitig präsent sein
- In Ungarn erst seit 2-3 Jahren Entwicklungen in dieser Richtung
- Gesetzliche Bedingungen fehlen, trotz Unterzeichnung der Aarhus Konvention
- Keine praktischen Beispiele in Ungarn bisher (nur theoretische), machen noch viele Fehler (siehe Liste von Reinert)

2. Westpannonischer Rat:

20 eingeladene „Gäste“ – wird der Öffentlichkeit zugänglich gemacht

- Vorbereitung der Vorschläge
- Ratssitzungen und Komiteesitzungen öffentlich
- Entscheidungen über die Projektförderungen öffentlich zugänglich

2.1. Probleme:

- Sitzungen zwar öffentlich, aber Bürger werden nicht intensiv eingeladen
- Wenig Möglichkeiten die Rückmeldungen der Bürger aufzuarbeiten
- Verständlichkeit der Texte und Infos
- Internetseite wird fast nicht besucht

2.2. Positiv <-> Negativ:

- Vorhandensein einer Bereitschaft <-> Fähigkeiten fehlen
- Rückmeldungen der Bürger <-> Werden nicht eingebunden
- Viele bürgerliche Initiativen <-> wenig Potential zu beraten und zu Service

www.westpa.hu

Strategische Umweltprüfung (SUP)

Kerstin Arbter:

1. SUP:

- Umweltaspekte bei strategischen Planungen gleichberechtigt mit wirtschaftlichen und politischen Aspekten einbringen
- Umweltauswirkungen von strategischen Planungen beachten
- Keine Einzelprojekte sondern PPP: Politiken, Pläne, Programme, Konzepte (Maßnahmenbündel)
- Systematische, nachvollziehbare Aufbereitung gewährleisten
- SUP Richtlinie der EU: umzusetzen bis 21.7.2004

2. Einsatzebenen:

- Fragen nach
 - o dem Bedarf,
 - o der Technologie (die zur Anwendung kommt),
 - o Kapazitäten (wie groß soll z..B. die Anlage sein)
- Standort SUP (wo soll z.B. die Anlage idealerweise liegen)
- Projekt UVP (wie soll die Anlage am spezifischen Standort genau ausschauen)

3. SUP-Elemente

Gesamter Prozess mit verschiedenen Teilschritten

1. Festlegung der Umweltziele
2. Scoping = Festlegen des Untersuchungsrahmens (welches gebiet, Zeithorizont, Festlegen der Systemgrenzen (welche Wirkungen schauen wir uns an, welche nicht
3. Status Quo = ist- Zustand der Umwelt zu Beginn
Trend= wie schaut sie in Zukunft aus, wenn es so weitergeht
4. Entwicklung von Alternativen (Strategien um die erwähnten Ziele zu erreichen)
5. Bewertung der Alternativen
6. Umweltbericht (was ist passiert bisher im Prozess)
7. Ergebnisse bei der konkreten Planung berücksichtigen
8. Bekanntgabe der Entscheidungen
9. Monitoring (haben sich die Prognosen der Umweltentwicklung erfüllt, wird der Plan auch wirklich umgesetzt)

4. Praktische Erfahrungen:

4.1. 6 SUP Pilotprojekte in Österreich

z.B.

- SUP Entwicklungsraum NO Wien = SUPERNOW (Ende des Jahres Abgeschlossen) – Planungshorizont 20 Jahre
- SUP zum Wiener Abfallwirtschaftsplan (abgeschlossen) – Planungshorizont 10 Jahre

4.2. BürgerInnenbeteiligung (Konsultationen)sind gesetzlich festgeschrieben

Unterschied zu Projekt SUP: Vertreterprinzip = Beteiligung der betroffenen Interessensgruppen (<-> Beteiligung der individuelle betroffenen Personen)

4.3. „SUP am runden Tisch“

In Wien wurde das Modell der **SUP am runden Tisch** entwickelt = Stakeholder Beteiligung

SUP-TEAM (bei SUPERNOW komplexer als bei Abfallwirtschaft)

- Verwaltung (Umweltschutzabteilungen, sonstige Dienststellen (Finanz)
- Externe Experten
- Qualifizierte Öffentlichkeit, Interessensvertreter (Politische Vertreter, Kammern, Umwelt-NGOs, Umwelthanwaltschaft etc.)

SUP-Foren (bei SUPERNOW)

- breite Öffentlichkeit wird informiert
- Vertreter können direkt kontaktiert werden und konkrete Aufträge mitnehmen

Effekte:

- bessere Planungsergebnisse durch Think-tank-effekt
- mehr Umweltaspekte werden in den Planungsergebnissen mehr berücksichtigt
- Interessensausgleich im SUP-Team
- Bessere Chancen auf Umsetzung: Akzeptanz durch partnerschaftliche Lösungssuche
- Geteilte Verantwortung im SUP Team

Wie motiviert man Bürger bzw. deren Interessensvertreter

- Konfliktprävention
- Relevanz, Brisanz des Themas (z.B. braucht man eine neue Müllverbrennungsanlage, wo soll sie stehen)
- Einladung der Vertreter (alle waren bereit mitzumachen, es gibt Aufwandsentschädigung, bzw. Sitzungen in ihrer Arbeitszeit)
- BürgerInnenbeteiligung ist gesetzlich vorgeschrieben, aber es gibt keine Richtlinien für BürgerInnenbeteiligung

www.oegut

Auswertung der österreichischen Fragebögen

Christian Schrefel, 17&4 Organisationsberatung GmbH

Wir erhielten 13 ausgefüllte Fragebögen - 3 von Verwaltungen, 8 von den Prozessbegleitern, 1 von einer NGO und 1 von einer Universität.

Schwerpunkt der genannten Projekte ist Wien, ein Projekt ist aus Niederösterreich und eines aus Mailand. Die Auswertung ist nur bedingt repräsentativ.

Namen der Projekte mit BürgerInnenbeteiligung:

- Mehr Platz! Für Kinder - Beteiligung und Umsetzung - Pilotprojekt Leopoldstadt
- Lokale Agenda 21 am Alsergrund
- „Miteinander im Lichtentalerpark – Konfliktanalyse und Community Building“
- Contratto di Quartiere Sant'Eusebio
- UMFASSENDES ABWASSERKONZEPT MIT HILFE DER MEHRZIELPLANUNG am Beispiel der Marktgemeinde Emmersdorf an der Donau
- Grätzelmanagement Volkert- und Alliiertenviertel
- Kabel- und Drahtwerke AG (KDAG Stadt 2000)
- KDAG Stadt 2000
- Zukunft Stadtwald Mödling - Naturjuwel und Naherholungsgebiet
- Making NEWS Reinprechtsdorferstraße
- SYLVIE – Systematische Lärmsanierung innerstädtischer Wohnviertel
- SUPerNOW – Strategische Umweltprüfung Nordosten Wien

Die Projekte befinden sich:

8 in Durchführung

5 beendet

Ort des Projektes:

- Wien, 2. Bezirk Leopoldstadt, Karmeliterviertel
- 2x Wien Alsergrund
- Comune di Cinisello Balsamo, Cinisello Balsamo – Milano, Italia
- Emmersdorf a.d.Donau / NÖ
- 1020 Wien, Volkert- und Alliiertenviertel
- 2x Wien 12., Oswaldgasse 33-35
- Mödling, Niederösterreich
- Wien, 5. Bezirk

Die BürgerInnenbeteiligung wurde begonnen in der Phase der:

4 Projektumsetzung

5 Projektplanung

4 Projektentwicklung

Die Initiative zum Beteiligungsverfahren ging aus von:

7 Behörde

5 Politiker

6 Projektbetreiber

nicht von NGOs

These: nur strukturierte Beteiligung wird finanziert, von Bürgerinitiativen ausgehende Beteiligung gilt als Widerstand

Themen/Inhalte der Projekte mit BürgerInnenbeteiligung:

6 sonstiges: Nachhaltigkeit, Öffentlicher Raum, Kinder, Umgestaltung eines Parks, Verbesserung der „Stimmung“, Reduktion von vorhandenen Konflikten, Lärm

2 Flächenwidmungspläne und Raumordnung

1 Tiefbau (Kanalisation, Anlage zur Abwasserbeseitigung,...)

2 Regionalentwicklung

2 Verkehr

3 Hochbau (Sanierung, Neu- Umbau, ...)

2 Naturschutzmaßnahmen (z.B.: Natura 2000, Nationalpark,)

Art der BürgerInnenbeteiligung:

Im Wesentlichen wurden mehrstufige Verfahren angewendet, die Fragebogenerhebungen und andere Formen der Datensammlung beinhalteten, sowie BürgerInnenversammlungen und teilweise auch Workshops mit BürgerInnen.

Finanzierung der Beteiligung:

In den meisten Fällen erfolgte die Finanzierung durch städtische Mittel. Auch genannt wurden EU-Gelder, Einkaufsstraßenverein, Bauträger, Landwirtschaftsministerium und Eigenmittel Universität.

Dauer der Beteiligung:

Zwischen 6 Monaten und 4 Jahren.

Beteiligte Gruppen/Stakeholder:

11 Behörden

11 Politiker/innen

7 Planer/innen

11 Anrainer/innen

10 SchülerInnen

8 Geschäftsleute

7 NGO's (Umweltgruppen, Nachbarschaftsgruppen, ...)

2 Landwirte

5 Interessenvertretungen (Gewerkschaften, Unternehmerverbände, ...)

3 sonstige: Polizei, Gebietsbetreuung; ParknutzerInnen wie z.B. MigrantInnen, HundebesitzerInnen, Kindergärten, Mütter, ältere Menschen, etc.

these: die die die Finanzierung bereitstellten, sind besonders stark vertreten

Gab es eine externe Prozessbegleitung?

10 ja

Gab es eine Evaluierung des Prozesses?

10 ja

Im Wesentlichen war erkennbar, dass bei längerfristigen Projekten externe Evaluierung standardisiert eingesetzt wird

Auswertung der ungarischen Fragebögen

Akos Kapitany, Consultants for Sustainable Development

Das Ziel von CfSD ist organisatorische Methoden und Planungsmethoden zu erstellen, die zu der nachhaltigen Entwicklung beitragen und diese in den NGOs und geschäfts- und öffentlichen Sektoren zu verteilen. CSD versucht das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung mit den Trainings- und Facilitator-Methoden zu harmonisieren.

Während der Aufnahme haben wir 21 ausgefüllte Fragebögen erhalten, 13 von NGOs, 7 von lokalen Gemeinden (Verwaltungen) und 1 von einer Privatperson. Nachfolgend versuche ich die wichtigste Lehre aus dieser Aufnahme zusammenzufassen (nicht repräsentativ).

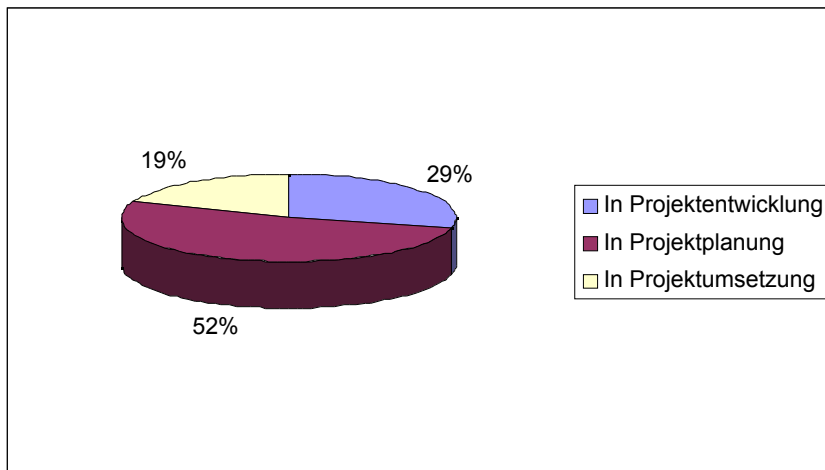
1. Ort des betroffenen Projektes:

Der größten Teil der Antworten ist aus den zwei Großstädten Győr und Szombathely bzw. aus ihrer Umgebung gekommen. Bemerkenswert ist es, dass wir aus dem „Örség“ Gebiet auch mehrere Fragebögen bekommen haben, wahrscheinlich wegen seiner landschaftlichen Sensibilität und der Aktualität der Gründung des Nationalparks „Örség“. Leider haben wir keine Antwort aus Komitat „Zala“ erhalten. Vielleicht müsste das regionales Netzwerk von Interessenten in dieser Richtung erweitert werden.

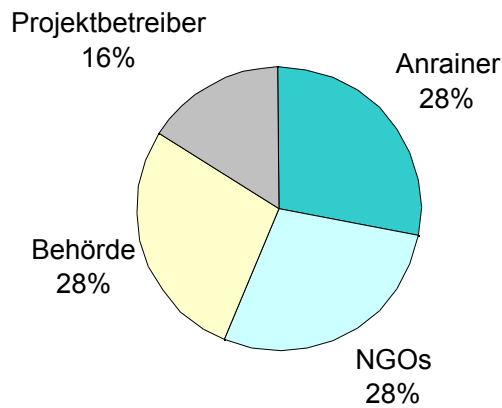
2. Beginn der BürgerInnenbeteiligung

Mit zwei Fragen haben wir versucht, uns darüber zu informieren, wie die BürgerInnenbeteiligungsverfahren meistens begonnen haben. Meistens ging das Verfahren von einem der drei Hauptteilnehmer (Bevölkerung, NGOs, lokale Gemeinde) aus während der Projektplanung.

Wann hat das Verfahren begonnen?

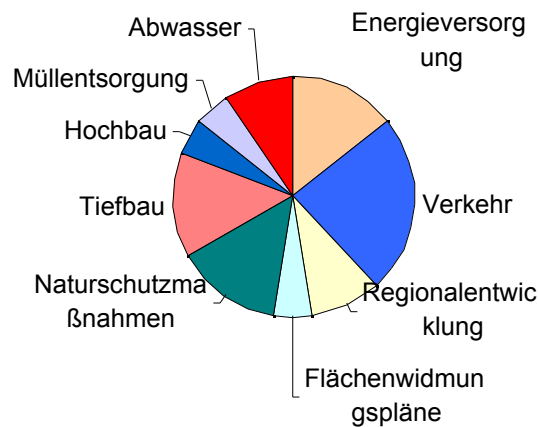


Von wem ging die Initiative aus?



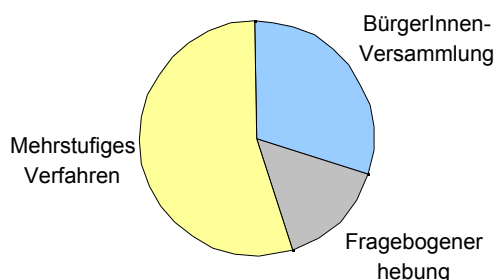
3. Thema des Projektes mit BürgerInnenbeteiligung

Wie die Abbildung zeigt, repräsentieren die betroffenen Projekte ein breites Spektrum von Entwicklungsinvestitionen, wobei Verkehrsinfrastruktur den größten Anteil aufweist. Es ist zu bemerken, dass industrielle Investitionen, Industrieansiedlung in den Antworten kaum auftauchen.



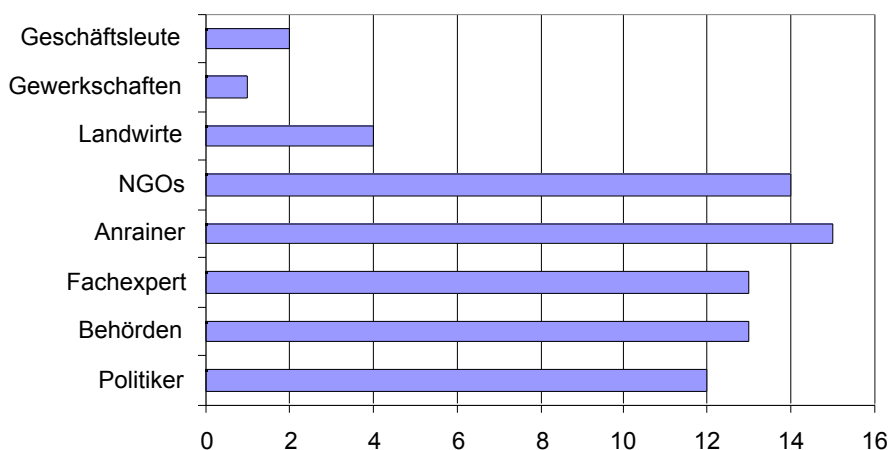
4. Art der BürgerInnenbeteiligung

Man konnte eine Tendenz in der Antworten feststellen: wenn es sich um Bürgerinitiativen handelt, war Fragebogenerhebung das Hauptinstrument (oder mindestens das erste Instrument) der Beteiligung. Seitens der Behörden kam BürgerInnenversammlung am meisten in Frage. Wenn wir die Ergebnisse näher untersuchen, können wir aber feststellen, dass eine tiefgreifende oder anhaltende Änderung eher mit solchen Verfahren erreichbar ist, die mehrere Instrumente, eine Kombination von Fragebogenerhebung, Versammlungen, Medienaktivität usw. verwenden.



5. Beteiligte Gruppen (Mehrfachnennungen war möglich)

Da die erhaltenen Antworten sich auf Investitionen der Gemeinden und der öffentlichen Dienstleistungsfirmen bezogen haben, waren die Beteiligten Mitglieder dieses Bereiches. Der Wirtschaftssektor ist selten aufgetaucht.



6. Prozessbegleitung

Nur die Hälfte der Antworten haben über Prozessbegleitung berichtet, wo externe Moderatoren das Verfahren unterstützt haben. Nur in jedem vierten Fall gab es eine Auswertung des Prozesses! Dieser Anteil ist sehr niedrig, auch wenn wir berücksichtigen, dass manche Projekte noch im Gange sind. Gruppenarbeit.

Netzwerkprojekt LOGON: Lobbying Partner im Osten -> Beitrittsländer europafit machen

Guido Derbauer (Umweltreferent Österreichischer Städtebund)

Österreichischer Städtebund (<-> In Ungarn 7 Vertretungen der Städte und Gemeinden)

- versuchen die Interessen der österreichischen Städte im Brüssel zu vertreten
- wichtig, da 60-70 % der EU-Regelungen Städte betreffen in der Umsetzung

Lobbying

- es ist nicht wichtig, was man weiß, sondern wen man kennt, um Einfluss zu nehmen
- der richtige Zeitpunkt ist wichtig
- 200 Büros in Brüssel (150.000.- Euro Kosten für ein Büro incl. Sach- und Personalkosten)
- muss schon auf Regionalebene beginnen (Bürgerinitiativen etc.) und dann auf Nationalebene gebracht werden (in einem Verband o.ä.)
- Büro in Brüssel: Sammlung von Information, Networking, Training etc.

www.staedtebund.at

Gruppenarbeit zu den Vorträgen und zu Möglichkeiten weiterer Zusammenarbeit

1. Gruppe:

Offene Fragen:

- Umweltschutz – wie organisiert/ finanziert
- wie weit sind die Umweltgruppen noch unabhängig, wenn sie so stark von der Verwaltung finanziert werden
- Methodologie für Beteiligungsverfahren in Österreich
- SUP Verfahren – verwässert die Beteiligung der Wirtschaft nicht?
- Welche Verfahren müssen SUP durchlaufen – wird 2004 festgelegt, derzeit freiwillig

Projektvorschläge für Zusammenarbeit:

- regionale Datenbank von Projekten und Projektideen in Westungarn
- Neusiedlersee Projekt
- Regionalentwicklungsplan mit SUP - Pilotprojekt
- Studie/Broschüre mit einem Vergleich der gesetzlichen Regelungen zur BürgerInnenbeteiligung Ö/U
- BürgerInnenbeteiligung in IPPC- Verfahren

2. Gruppe:

Mögliche Projekte:

- Autobahnprojekt zwischen Pöchlarn/H -> Klingenbach/A
- Monitoring in Mülldeponien in Nuclearpolitik (Brennstofflager)
- Übernahme der Förderungsmethoden in A im Solaranlagenbau. (in H neues Energiegesetz im Kommen)
- Arbeit für Frauen und Behinderte im ländlichen Bereich (30 Gemeinden) – Produktherstellung (Jam, Dörrobst) und ihre Marketingmethoden vergleichen, Nutzung von Solarenergie, Kontakt zu öster. Hauswirtschaft
- Bürgerinitiativen in Regionalverwaltungen aktivieren
- Massenverkehr und Regionalverkehr – „Masterplan“ Radwege
- Zusammenarbeit in der Umwelterziehung
- Veröffentlichung von good practice a la „101 Projects“

3. Gruppe:

Probleme der BürgerInnenbeteiligung:

- NGOs und Bürgerinitiativen werden zu wenig ernst genommen, Beteiligungsverfahren werden nur formal durchgeführt, es bleibt oft bei Information
- Ressourcenproblem fachlich (Experten gleichwertig gegenüberreten) und personell (Freizeit muss von jedem einzelnen zur Verfügung gestellt werden)
- Implementierung (Umsetzung) der gesetzlichen Rechte auf Partizipation

- Maßnahmen:
 - Vorteile von BürgerInnenbeteiligung transparent machen für alle -> Bewusstsein schaffen

 - Expertentum aller Beteiligten bewusst machen (für Finanzierung sorgen)

 - EU Argument einsetzen

 - Kompetenzzentrum für BürgerInnenbeteiligung, Plattform für Information, Weiterbildung schaffen (wie Stiftung Mitarbeit)

Schluss- und Reflexionsrunde

- Neu, unerwartet, „positiv enttäuscht“, überwiegend positive Kommentare
- EU Beitritt – Notwendigkeit etwas zu lernen
- Mehr Juristen sollten beteiligt sein um auch gesetzliches zu diskutieren, in H gibt es nur 4 Juristen, die für Umwelt NGOs arbeiten
- Hauptthema: demokratische Bewusstseinsbildung in Ungarn
- Hoffnung auf weitere Zusammenarbeit
- Hoffnung, dass von den Projektideen etwas realisiert wird
- Vortrag über Mediation und BürgerInnenbeteiligung war interessant als konkretes Fallbeispiel – brauchbar im Training von NGOs
- Methoden von Beteiligung -> Pilotprojekt in Westungarn mit SUP - > Multiplikatorprozess
- Fachlich nützlich, gute Stimmung – Hunger nach mehr - > Partner in einem gemeinsamen Projekt
- Ergebnisse sollen in einem Antrag eingebracht werden
- Auch wenn EU viele Rahmenbedingungen für BürgerInnenbeteiligung setzt ist es noch ein großer Schritt einen Bewusstseinswandel in Gang zu bringen
- Fehlt die konkrete Idee für gemeinsame Weiterarbeit
- Nächstes Mal eine naturnahe Umgebung
- Sehr viel Information -> konkrete Projekte??
- Austausch war interessant, erstaunlich, wie viele gesetzliche Möglichkeiten es in Ungarn schon gibt